

VDP SACHSEN-ANHALT

TRANSPARENT

JAHRESRÜCKBLICK
2017/18

Landesvorsitzender Ingolf Fölsch eröffnete am 19.06.18 in der Freien Waldorfschule Magdeburg den Parlamentarischen Abend des VDP Sachsen-Anhalt – diesmal mit Vertreterinnen und Vertretern der SPD.



VDP 

VERBAND DEUTSCHER PRIVATSCHULEN
SACHSEN-ANHALT e.V.

BILDUNGSEINRICHTUNGEN IN
FREIER TRÄGERSCHAFT

Chancengleichheit durch Bildungsvielfalt

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

für mich war der 20. Juni 2018 der wahrscheinlich aufregendste Arbeitstag dieses Jahres: Hier traf ich mich nicht nur zu zwei intensiven Gesprächen mit den Bundestagsabgeordneten Tino Sorge (CDU) und Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE), sondern ich wurde vor allem Zeuge der Landtagsitzung, auf der das lange diskutierte 14. Schulgesetzänderungsgesetz beschlossen wurde. Nachdem der VDP Sachsen-Anhalt (ebenso wie die Vertreter der christlichen Schulen) seit Jahren mit viel Energie für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der freien Schulen in unserem Bundesland gekämpft hat, habe ich es als großen Erfolg unserer Bemühungen empfunden, dass der Landtag einige (wenn auch bei weitem nicht alle) unserer Forderungen aufgegriffen und diese gesetzlich fixiert hat. Dies war ein wichtiger Schritt auf dem Weg hin zu einer gerechteren Finanzierung der freien Schulen, der angesichts beständig steigender Anforderungen an die allgemein- und berufsbildenden Bildungseinrichtungen (beispielhaft sei auf den wachsenden Lehrkräftemangel, die fortschreitende Digitalisierung oder auch die inklusive Beschulung verwiesen) längst überfällig war.

Über einen Teil dieses Weges bis zum finalen Gesetzesbeschluss berichtet die Ihnen vorliegende Ausgabe unserer zum fünften Mal aufgelegten Broschüre „VDP Sachsen-Anhalt Transparent“. Hierin finden Sie eine Übersicht über die wichtigsten Aktivitäten unseres Landesverbandes (ergänzt durch zahlreiche Fotos, Grafiken und Hintergrundinformationen) während des Zeitraumes August 2017 bis Juli 2018.

Auch am erneut gewachsenen Umfang unserer Jahresbroschüre können Sie erkennen, dass die Herausforderungen, denen sich die freien Schulen und die privaten Erwachsenenbildungseinrichtungen während des letzten Schuljahres in unserem Land zu stellen hatten, nicht weniger geworden sind. Damit korrespondiert natürlich auch die Arbeit unseres Landesverbandes. Die Themen, die uns während der vergangenen Monate beschäftigten (und größtenteils noch immer beschäftigen), waren deshalb auch vielfältig wie nie zuvor. Neben dem schon beschriebenen Schulgesetzgebungsverfahren gehörten hierzu u.a. die Entwicklung von Strategien zum Umgang mit dem sich immer weiter verschärfenden Lehrkräftemangel; die Gestaltung der künftigen generalisierten Pflegeausbildung und der aktuell noch



laufenden Ausbildungen zum Alten- oder Krankenpfleger; der Anschluss auch der freien Schulen an das Glasfasernetz; die Entwicklung des geplanten Bildungsmanagementsystems für Sachsen-Anhalt; die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in unserem Bundesland (mit einer adäquaten Beteiligung auch der freien Schulen an diesem Schulbauförderprogramm des Bundes); die völlig unzureichende Finanzausstattung der Jobcenter (zumindest im 1. Halbjahr 2018) sowie der offenbar stetig wachsende Anteil der Umschichtung von Mitteln, die eigentlich für die Eingliederung vor allem von Langzeitarbeitslosen bestimmt waren, in den Verwaltungshaushalt der Jobcenter; die stagnierenden Bundesdurchschnittskostensätze der Bundesagentur für Arbeit für Weiterbildungsmaßnahmen bei gleichzeitig jährlich ansteigenden Mindestlöhnen für die Weiterbildungsbranche; die wachsenden Anforderungen der Bundesagentur an die Qualifikation der (auf dem Arbeitsmarkt kaum noch zu findenden) Sozialpädagogen, die in Arbeitsfördermaßnahmen eingesetzt werden sollen; die schleppende Refinanzierung der beruflichen Sprachkurse durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge oder auch die Auseinandersetzung mit den erheblichen bürokratischen Anforderungen an die Durchführung von Maßnahmen, die über den Europäischen Sozialfonds finanziert werden.

Alle diese Aufgaben wären ohne die tatkräftige Unterstützung unserer ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder und vieler weiterer Personen, die sich als Vertreter*innen von Mitgliedseinrichtungen unseres Verbandes über das normale Maß hinaus in die Verbandsarbeit einbrachten, überhaupt nicht zu bewältigen gewesen. Ebenso wäre es zu einer verbesserten

Finanzhilferegelung für die freien Schulen und zu einer Entbürokratisierung des Lehrkräfteeinsatzes wahrscheinlich nicht gekommen, wenn uns hierbei nicht auch die Elternvertreter der freien Schulen, die Kirchen und fraktionsübergreifend zahlreiche Landtagsabgeordnete engagiert begleitet hätten.

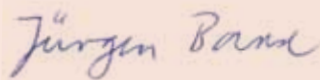
Zu nennen ist hier zudem die gewachsene vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit unseres Verbandes mit dem Bildungs- und Sozialministerium, dem Landesschulamt oder auch der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit. Hierfür möchte ich mich bei dieser Gelegenheit auch im Namen unseres VDP-Landesvorsitzenden Ingolf Fölsch ganz herzlich bei unseren Ansprechpartnern bedanken.

Auch die noch verbleibenden Wochen dieses Jahres und das gesamte Jahr 2019 versprechen aus der Sicht unseres Verbandes spannend zu bleiben. Gegenwärtig befassen wir uns z.B. mit dem Entwurf der modifizierten Verordnung über die Schulen in freier Trägerschaft und arbeiten in verschiedenen Arbeitsgruppen zur Zukunft der Pflegeausbildung in Sach-

sen-Anhalt mit. Im Bund steht u.a. die Neufassung des Artikels 104c des Grundgesetzes und der Beschluss des Qualifizierungschancengesetzes an. Hier bringt sich vor allem unser Dachverband ein, der hierbei aber natürlich auch von den VDP-Landesverbänden unterstützt wird. Und schließlich warten wir auf die Ergebnisse des externen Schülerkostengutachtens für Sachsen-Anhalt, das zum Beginn des neuen Jahres vorgelegt werden soll. Sicherlich werden wir auch danach noch manche Debatte mit der Bildungs- und Finanzverwaltung sowie dem Landtag zu führen haben ...

Zuvor aber wünsche ich Ihnen eine informative Lektüre der Broschüre „VDP Sachsen-Anhalt Transparent 2017/18“. Sollten Sie zu dem einen oder anderen hier gestreiften Thema noch Rückfragen haben, stehe ich Ihnen natürlich gern zur Verfügung.

Ihr



Jürgen Banse



*Am 31.01.18 versammelten sich in der Saaleschule Halle mehr als 100 Elternvertreter*innen freier Schulen unseres Bundeslandes, um über die ungenügende finanzielle Unterstützung der freien Schulen durch das Land Sachsen-Anhalt zu diskutieren. Am Ende einigten sich die Teilnehmer*innen auf die Formulierung eines Offenen Briefes an die zuständigen Vertreter*innen der Landesregierung und des Landtages unter der Überschrift „Bildung – Vielfalt – Freiheit: Familien fordern ihre Rechte ein“.*

AUGUST 2017

- **09.08.:** Veröffentlichung einer Pressemitteilung zum Start des Schuljahres 2017/18 unter der Überschrift „VDP Sachsen-Anhalt fordert zügige Umsetzung des Koalitionsvertrages sowie ein Ende der verfassungswidrigen Benachteiligung freier Schulen beim Lehrkräfteeinsatz“
- **14.08.:** Auswertung der Antworten der Landesregierung auf insgesamt drei Parlamentarische Anfragen des **MdL Swen Knöchel (DIE LINKE)** zur Umsetzung des Pflegeberufgesetzes in Sachsen-Anhalt und Versendung von Anmerkungen hierzu an die Landtagsfraktionen
- **16.08.:** Versendung eines Schreibens an **Bildungsminister Marco Tullner** u.a. zu einer Klageerwidern des Landesschulamtes, in der das Amt behauptet hatte, dass an den staatlichen Schulen in Sachsen-Anhalt nur in absoluten Notfällen und auch nur kurzfristig Lehrkräfte fachfremd als sog. „Neigungslehrer“ eingesetzt werden würden: Das Landesschulamt hatte einem klagenden freien Schulträger zuvor einen gleichartigen fachfremden Unterrichtseinsatz an seiner Schule verwehrt, obwohl die betroffene Lehrkraft die gleichen Unterrichtsfächer zuvor jahrelang „fachfremd“ an einer staatlichen Schule in Brandenburg unterrichtet hatte. Aus der Sicht des VDP Sachsen-Anhalt war die o.g. Begründung des Landesschulamtes im Gerichtsverfahren unzutreffend, gleichwohl wurde diese vom Verwaltungsgericht herangezogen und hiermit explizit die Klageabweisung begründet.

HINTERGRUNDINFORMATION:

Mit seiner Pressemitteilung machte der Verband nochmals darauf aufmerksam, dass in dem im Frühjahr 2016 von den Parteien CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen geschlossenen Koalitionsvertrag die Aussage zu finden war, dass das Land „zu Beginn der Legislatur“ einen Schülerkostenvergleichsbericht im Sinne des § 18g SchulG-LSA an „unabhängige Dritte“ in Auftrag geben werde. Die Forderung nach einem derartigen unabhängigen Gutachten verfolgte der VDP Sachsen-Anhalt schon seit Jahren, damit die Mitglieder des Landtages tatsächlich in die Lage versetzt werden, festzustellen, ob die den freien Schulen in Sachsen-Anhalt gewährten Finanzhilfen überhaupt noch verfassungskonform sind. Bis zum Beginn des Schuljahres 2017/18 war es aber zu der zugesagten Gutachtenvergabe noch immer nicht gekommen, was der VDP Sachsen-Anhalt in seiner Pressemitteilung bemängelte.

Außerdem machte der Verband in der Pressemitteilung darauf aufmerksam, dass sich zu diesem Zeitpunkt die freien Schulen beim Lehrkräfteeinsatz weiterhin erheblich gegenüber den staatlichen Schulen, wo schon immer Lehrkräfte unproblematisch auch fach- und schulfremd eingesetzt werden konnten, benachteiligt sahen.

Den freien Schulen wurde selbst noch zum Beginn des Schuljahres 2017/18 der Einsatz von sog. Neigungslehrern trotz des sich immer weiter zuspitzenden Lehrkräftemangels regelmäßig durch die Schulaufsicht versagt.

**Gegenwärtig
gehören dem
VDP Sachsen-Anhalt
87 Träger von freien Schulen
und privaten Erwachsenen-
bildungsdienstleistern
mit ca. 180 Niederlas-
sungen an.**



SEPTEMBER 2017

- **06.09.:** Auswertung der Rückantworten von 14 Kandidaten für die anstehende Bundestagswahl auf die Wahlprüfbausteine des VDP Sachsen-Anhalt zu den Fragenkomplexen „Frühkindliche und schulische Bildung“ sowie „Berufliche Weiterbildung und Integration von Flüchtlingen“
- **08.09.:** Versendung des in der Fachzeitschrift „Recht der Jugend und des Bildungswesens“ unter der Überschrift „Verfassungsrechtlicher Status der Ersatzschulen in Sachsen-Anhalt sowie Konsequenzen für die Genehmigungs- und Finanzierungspraxis“ veröffentlichten Aufsatzes von **Prof. Frauke Brosius-Gersdorf** (Leibniz Universität Hannover) an das Bildungsministerium und die Mitglieder des Landtags-Bildungsausschusses
- **11.09.:** Gemeinsame Pressekonferenz der Vertreter des VDP Sachsen-Anhalt, der Landesarbeitsgemeinschaft christlich orientierter Schulen (LAG), des Beauftragten der Evangelischen Kirchen in Sachsen-Anhalt und des Leiters des Katholischen Büros Sachsen-Anhalt unter der Überschrift „Endlich Gerechtigkeit für freie Schulen in Sachsen-Anhalt! Verfassungskonformität bei Schulfinanzierung und Lehrkräftegenehmigungen herstellen“

HINTERGRUNDINFORMATION:

Im Resümee dieses Fachaufsatzes heißt es u.a.: „Aus dem verfassungsrechtlichen Status der Ersatzschulen in Sachsen-Anhalt leiten sich **unmittelbar** Vorgaben für die Genehmigung der Ersatzschulen und die Finanzhilfe des Landes ab.

Diesen Vorgaben werden das Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt und die entsprechende Genehmigungs- und Finanzierungspraxis nur teilweise gerecht.“ Quelle: RdJB 3/2017, S. 351 ff.



Im Rahmen der von **Hagen Eichler** („Mitteldeutsche Zeitung“, auf dem Foto rechts) moderierten Pressekonferenz vom 11.09.17 erläuterten (von links nach rechts:) **Albrecht Steinhäuser** (Beauftragter der Evangelischen Kirchen in Sachsen-Anhalt), **Stephan Rether** (Leiter des Katholischen Büros Sachsen-Anhalt), **Jürgen Banse** (Geschäftsführer des VDP Sachsen-Anhalt) und **Dr. Dietrich Lührs** (Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der christlich orientierten Schulen in Sachsen-Anhalt) ihre gemeinsamen Positionen und Forderungen gegenüber der Landesregierung und dem Landtag.

- **13.09.:** Durchführung des Seminars „Aktuelles Steuerrecht für Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft“ mit **Jens Kessler** (IQ Steuerberatungsgesellschaft Leipzig)



Mit großem Interesse verfolgten die Teilnehmer*innen des VDP-Seminars die Ausführungen von Jens Kessler, der sich vor allem auf die steuerliche Beratung von Non-Profit-Organisationen spezialisiert hat.

- 15.09.: Schreiben des VDP Sachsen-Anhalt an **Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff** im Vorfeld der Kabinettsbefassung zum Entwurf des 14. Schulgesetzänderungsgesetzes: Darstellung der wichtigsten Forderungen des Verbandes zur geplanten Schulgesetzänderung
- 18.09.: Gespräch mit **MdL Doreen Hildebrandt**, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE, über arbeitsmarktpolitische Problemstellungen (z.B. Vergabepolitik der Bundesagentur für Arbeit, unzureichende Entwicklung der Bundesdurchschnittskostenätze, überproportionaler Rückgang der Weiterbildungsförderungen von Arbeitslosen insbesondere im Zuständigkeitsbereich der Jobcenter)
- 19./20.09.: Teilnahme an Sitzung des **Gemeinsamen Begleitausschusses für die ESI-Fonds** (hierzu gehören u.a. die Europäischen Förderprogramme ESF, ELER und EFRE) in Naumburg und Freyburg/Unstrut
- 28.09.: Teilnahme an einer Veranstaltung des **CDU-Wirtschaftsrates Sachsen-Anhalt** zum Thema „Generalisierung der Pflegeausbildung: Wer gewinnt, wer verliert?“ – hier Vortrag unter der Überschrift „Die künftige Umsetzung der Pflegeausbildung in Sachsen-Anhalt: Offene Frage + Auswirkungen auf die Pflegeschulen und die anschließende Fachkräftegewinnung“


HINTERGRUNDINFORMATION:

Vergleich: Schülerinnen an staatlichen und freien Pflegeschulen in Sachsen-Anhalt im Schuljahr 2016/17

Fachrichtung	Schüler*innen an		Prozentualer Anteil Schüler*innen an freien Schulen
	staatl. Schulen	freien Schulen	
Altenpflege	502	1.647	76,6 %
Gesundheits- und Krankenpflege	613	824	57,3 %
Gesundheits- und Kinderkrankenpflege	63	54	46,2 %
Gesamt	1.178	2.525	68,2 %

OKTOBER 2017

- 10.10.: Abgabe einer ausführlichen Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Entwurf des 14. Schulgesetzänderungsgesetzes gegenüber dem **Bildungsministerium des Landes Sachsen-Anhalt**: Darin unterbreitete der Verband u.a. einen Vorschlag zur Neufassung der Definition des Begriffes „Ersatzschule“. Außerdem forderte er weitere Entbürokratisierungen beim Lehrkräfte-Genehmigungsverfahren (z.B. Verzicht auf das Antragserfordernis beim - in den staatlichen Schulen schon längst üblichen - fachfremden Unterrichtseinsatz sowie die Schaffung von Einsatzmöglichkeiten für Lehrkräfte mit einem „lediglich“ 1. Staatsexamen), die Beauftragung eines externen Schülerkostengutachtens (und hierzu die Neufassung des § 18g SchulG-LSA) sowie eine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen der Ersatzschulen.
- 12.10.: Treffen mit den **Landtagsabgeordneten Andreas Höppner** (zugleich Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE) und **Thomas Lippmann** (Vorsitzender der Landtagsfraktion DIE LINKE): Gespräch über die Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum aktuellen Schulgesetzentwurf sowie über arbeitsmarktpolitische Forderungen des Verbandes
- 20.10.: Schreiben an Bildungsminister **Marco Tullner** und die bildungspolitischen Sprecher der regierungstragenden Fraktionen zur bevorstehenden Ausschreibung des externen Schülerkostengutachtens: Übersendung des vom VDP Sachsen-Anhalt ausgearbeiteten Papiers „Hinweise und Anregungen zur geplanten externen Vergabe eines Schülerkostengutachtens im Sinne von § 18g SchulG-LSA“ – Eine zentrale Forderung des Verbandes lautete hierbei, dass die Gutachtenvergabe in einem sehr transparenten Verfahren unter Einbeziehung der Vertreter der freien Schulen erfolgen sollte.
- 24.10.: Durchführung der **Jahreshauptversammlung des VDP Sachsen-Anhalt** im Roncalli-Haus Magdeburg: Gastreferenten waren diesmal **Dirk Nebel** (Abteilungsleiter im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung) zu dem Thema „Umsetzung der Digitalen Agenda für Sachsen-Anhalt: Bedeutung für freie Bildungseinrichtungen“ sowie **Willi Lichtenberg** (Referatsleiter im Bildungsministerium) zu dem Thema „Digitalisierung und Schule, u.a. Ziele und Inhalte des geplanten Bildungsmanagementsystems für Sachsen-Anhalt“. Außerdem wurde der Vorstand des VDP Sachsen-Anhalt neu gewählt, wobei der bisherige Vorsitzende **Ingolf Fölsch** ohne Gegenstimme in seinem Amt bestätigt wurde.



Zwischen den Schuljahren 2011/12 und 2016/17 ist die Anzahl der Schüler*innen an freien allgemeinbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt um 37 Prozent gestiegen, an den freien berufsbildenden Schulen jedoch um 7 Prozent gesunken.



Der neu gewählte ehrenamtliche Vorstand des VDP Sachsen-Anhalt e.V. (von links nach rechts): Christward Buchholz (Freie Waldorfschule Magdeburg), Jochen Muhs (Saaleschule Halle), Katrin Hochheiser (MBA Naumburg), Steffen Kilian (Nestor Bildungsinstitut Magdeburg), Ingolf Fölsch (Oskar-Kämmer-Schulen Sachsen-Anhalt) und Andy Zimmer (BBA „Altmark“ Stendal)

- 27.10.: Gespräch mit **MdL Angela Gorr** (bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion) und **Markus Weilandt** (bildungspolitischer Referent der CDU-Landtagsfraktion) über den vorliegenden Schulgesetzentwurf und die hierzu unterbreiteten Vorschläge und Forderungen des VDP Sachsen-Anhalt

NOVEMBER 2017

- 01.11.: Teilnahme an Sitzung einer interministeriellen Arbeitsgruppe zur Realisierung des Glasfaseranschlusses bei allen allgemein- und berufsbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt
- 06.11.: Halten eines Vortrages zur Zukunft der Pflegeausbildung aus schulischer Sicht auf einer Fachveranstaltung der **Landtagsfraktion DIE LINKE** in der Universitätsklinik Halle
- 07.11.: Durchführung des Seminars „Rechtssichere Anwendung der EU-Datenschutzgrundverordnung für Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft“ mit **Rechtsanwalt Steffen Tietze** (GRUENDELPARTNER Leipzig)

- 13.11.: Schreiben an **Kay Senius** (Vorsitzender der Geschäftsführung der BA-Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen) zum Einsatz von Sozialpädagogen in Arbeitsfördermaßnahmen des SGB III
- 15.11.: Treffen mit **Frederike Rösler** (Geschäftsführerin des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt) und **Elmar Heisterkamp** (Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion) zur Vorbereitung eines Parlamentarischen Abends des VDP Sachsen-Anhalt mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der SPD in unserem Bundesland.
- 17.11.: Schreiben an **Direktor Dr. Siegfried Eisenmann** (Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt) mit dem Ziel einer gleichberechtigten Teilnahme von Lehrkräften freier Schulen an Fortbildungen des Landes für sog. Seiteneinsteiger*innen sowie der Ermöglichung der Vorstellung des Arbeitsplatzes „Ersatzschule“ in den Seminaren für Lehrerbildung
- 21.11.: Gespräch im Bildungsministerium u.a. mit **Staatssekretärin Edwina Koch-Kupfer** sowie den Referatsleiterinnen **Karla Kube** und **Dr. Ulrike Oehlstöter** über die zu lösenden Probleme bei der Umsetzung der neuen Pflegeausbildung in Sachsen-Anhalt
- 23./24.11.: Teilnahme am VDP-Bundeskongress in Hannover, der diesmal unter dem Motto „Demokratie braucht Bildungsvielfalt“ stand

**In Sachsen-Anhalt
 genießen die Ersatzschulen
 einen besonderen Finanzierungs-
 anspruch. Art. 28 Abs. 2 der
 Landesverfassung besagt: „Soweit
 diese Schulen Ersatz für öffentliche
 Schulen sind, haben sie Anspruch auf
 die zur Erfüllung ihrer Aufgaben
 erforderlichen öffentlichen
 Zuschüsse. Das Nähere
 regelt ein Gesetz.“**

HINTERGRUNDINFORMATION:

Bundesweit ist der Bedarf an Sozialpädagogen enorm gestiegen. Ähnlich wie bei den Lehrerinnen und Lehrern übersteigt mittlerweile die Nachfrage nach Sozialpädagogen deutlich deren Angebot auf dem Arbeitsmarkt. Besonders schwierig ist es für die sog. Arbeitsmarktdienstleister, entsprechend qualifizierte Fachkräfte im Unternehmen zu halten oder neu zu gewinnen, da diese sich immer häufiger beim (meist besser zahlenden) öffentlichen Dienst bewerben. Hinzu kommt, dass viele Arbeitsmarktdienstleister den dauerhaften Einsatz ihrer Sozialpädagogen nicht sicher planen können, weil in der Regel unklar ist, ob und in welchem Umfang entsprechende Arbeitsfördermaßnahmen erneut ausgeschrieben und vergeben werden.

In dieser Situation erkennen nun immer häufiger die Regionalen Einkaufszentren (REZ) der Bundesagentur für Arbeit sozialpädagogische Qualifikationen von Personen nicht mehr an, die teilweise schon seit Jahren in vergleichbaren Arbeitsfördermaßnahmen Teilnehmer*innen begleitet und sozialpädagogisch unterstützt haben. In Sachsen-Anhalt erhielten beispielsweise zahlreiche Personen in den 90er Jahren nach Ableistung einer einschlägigen Fortbildung vom Sozialministerium eine Gleichwertigkeitsbescheinigung in Bezug auf die reguläre Ausbildung zum Sozialpädagogen. Trotz deren großen Berufserfahrung verlangt nun das REZ, diese Mitarbeiter*innen umgehend aus den aktuellen Arbeitsfördermaßnahmen zu entfernen und dafür „regulär“ ausgebildete Sozialpädagogen einzusetzen. Gegen diese diskriminierenden und auch völlig kontraproduktiven Forderungen wandte sich der VDP Sachsen-Anhalt mit seinem o.g. Schreiben.



Auch der VDP Sachsen-Anhalt war wieder zahlreich auf dem VDP-Bundeskongress in Hannover vertreten.

- 27.11.: Gespräch im Bildungsministerium u.a. mit Herrn **Werner Fieckel** über die Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Schulgesetzentwurf und über mögliche Änderungen in der zu überarbeitenden Verordnung über die Schulen in freier Trägerschaft (SchifT-VO)
- 29.11.: Auswertung, Aufbereitung und Versendung der aktuellen Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes „Private Schulen, Schuljahr 2016/17“

HINTERGRUNDINFORMATION:

Prozentualer Anteil der Schüler*innen freier Schulen an den Gesamtschülerzahlen in den neuen Bundesländern im Schuljahr 2016/17

ALLGEMEINBILDENDE SCHULEN	
1. Mecklenburg-Vorpommern	11,2 %
2. Brandenburg	10,3 %
3. Berlin	10,1 %
4. Sachsen	9,9 %
5. Sachsen-Anhalt	9,2 %
6. Thüringen	8,9 %

BERUFSBILDENDE SCHULEN	
1. Sachsen	28,4 %
2. Thüringen	18,1 %
3. Berlin	17,6 %
4. Sachsen-Anhalt	14,5 %
5. Brandenburg	13,1 %
6. Mecklenburg-Vorpommern	12,0 %

DEZEMBER 2017

- 05.12.: Teilnahme am Kaminabend des CDU-Wirtschaftsrates mit **Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff**
- 06.12.: Fertigstellung der Kurz- und Langfassung der Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Entwurf des 14. Schulgesetzänderungsgesetzes: Versendung der Stellungnahmen u.a. an den **Bildungsausschuss des Landtages**
- 07.12.: Gesprächsrunde im Bildungsministerium u.a. mit Referatsleiter **Willi Lichtenberg** zur geplanten Einführung des Bildungsmanagementsystems Sachsen-Anhalt (BMS-LSA) und der hierbei vorgesehenen Beteiligung der freien Schulen
- 08.12.: Abgabe einer mündlichen Stellungnahme vor dem Bildungsausschuss des Landtages zum Entwurf des 14. Schulgesetzänderungsgesetzes, wobei der VDP Sachsen-Anhalt u.a. folgende Punkte kritisch beleuchtete:
 - Teilweise Verschärfung des Lehrkräftegenehmigungsverfahrens
 - Weiterer Ausbau der Verordnungsermächtigungen im Schulgesetz hinsichtlich der freien Schulen
 - Ungenügende Transparenz der staatlichen Schülerkosten
 - Erlöschen der Schulgenehmigung binnen 12 Monaten nach Erteilung der Ersatzschulgenehmigung
 - Finanzielle Rahmenbedingungen der Ersatzschulen
 - Kein Vorsehen einer „bewährten-Träger“-Regelung
 - Ausweitung der statistischen Erhebungen des Landes / verpflichtende Einführung des BMS-LSA auch für alle Ersatzschulen



VDP-Landesgeschäftsführer Jürgen Banse gab im Plenarsaal des Landtages eine Stellungnahme zum Schulgesetzentwurf der Landesregierung ab.

Im Laufe des Schuljahres 2017/18 war der VDP Sachsen-Anhalt besonders intensiv mit dem 14. Schulgesetzänderungsgesetz befasst. Über die schwierigen Rahmenbedingungen der freien Schulen berichtete auch sehr häufig die Presse:

Lehrer erst für die staatlichen Schulen, dann für die privaten?

Verband: Schulentage beunruhigt bei Genehmigung von Lehrkräften die freien Träger / Bildungsministerium kündigt klarstellende Gesetzesänderung an

Von Alexander Walter
Magdeburg Die Abmahnungen der „Freie-und-Private-Schulen-Anhalt“ sind ein Schlag. Froh darüber, zum neuen Schuljahr zwei geeignete Lehrerinnen für die erst 2018 gegründete Grundschule gefunden zu haben, erheben die Schulleitung im Frühjahr. Besuche des Landesinspektors, Elterntage bei beiden Lehrkräften werden verweigert. „Einer der beiden Lehrkräfte“, berichtet der Vorstand Horstmann, Vorsitzender des Schulleiters, „kündigte die Unterrichtsvereinbarung komplett“.

schulmiste für ihren Mangel nicht nachvollziehbar. Beide Lehrende seien qualifiziert und hätten dies bewiesen. Die Lehrkräfte, deren Einsatz konkret abgelehnt wurde, unterschrieben mit einem pädagogischen Fachschulabschluss im Jahr 2016, erheben die Schulleitung im Herbst keine Einwände. Der Leiter des Sachverständigenrates bei der Genehmigung des Lehrvertrages seien diese der häufigsten Gründe, weshalb freie Schulleiter für keine Lehrende im zweiten Fall kann die Prüfung gar einen regulären Abschluss als Grundschullehrerin vorweisen. An staatlichen Schulen in Westfalen-Sachsen-Anhalt wird die gleiche Situation im zweiten Fall kann die Prüfung gar einen regulären Abschluss als Grundschullehrerin vorweisen. An staatlichen Schulen in Westfalen-Sachsen-Anhalt wird die gleiche Situation im zweiten Fall kann die Prüfung gar einen regulären Abschluss als Grundschullehrerin vorweisen.

Freie Schulen in Sachsen-Anhalt
Das Fehlen von Lehrern bereitet den Privatschulen zunehmend Probleme. Insgesamt verschätzen die freien Träger aber seit Jahren zwischen 30 und 40 Prozent der Zahl praktischer Grundschullehrer (2008: 11.200; 2010: 10.200) und Gymnasien (2008: 5.200; 2010: 5.100) im Schuljahr 2017/18 besetzen 17.600 Schüler.

Das Vergleichen ist auch deshalb schwierig, weil weitere Faktoren in den Privaten in Zeiten zunehmender Lehrermangel bei der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber zu berücksichtigen sind.

Landes durch die von Bildungsministerin Marion Pöhlner (CDU) auf dem Weg geklärt. Abschließend ist das die betriebliche Lage für die Existenz der Privatschulen, die sich nicht haben.

Das Gesetzgebungsverfahren könnte allerdings dauern. Nach der Abstimmung der Entwurfs im Regierungsausschuss muss das Papier erst durch die Parlament, VDP-Chef Bause darauf, das zu lange. Um Finanzierung zu ermöglichen, fordert er ein Machtwort des Bildungsministeriums gegenüber dem Landesparlament als Überwachungsinstanz.

Der „Förderverein Grundschule Angers“ hat demweil bereits die Prüfung angetragen. Nachdem hinter uns eine erneute Prüfung der Lehrerbesetzung beim Bildungsministerium lange unbewusst geblieben, hat man Klärung...

Baby-Boom verschärft den Lehrermangel

28.11.2017



In Sachsen-Anhalt werden 2017 rund 1000 Kinder eingeschult. In der Zukunft wird der Lehrermangel durch den Babyboom verschärft werden. Foto: dpa

Babyboom und Zuwanderung lassen Prognosen alt aussehen: In Sachsen-Anhalt gibt es so viele Grundschüler wie seit dem Jahr 2000 nicht.

Von Alexander Walter
Magdeburg | Die jüngste Bevölkerungsprognose ist gerade anderthalb Jahre alt. Und doch blickt sie schon wieder hinter die Wirklichkeit zurück: 67.805 Schüler besuchen Sachsen-Anhalts Grundschulen nach Angaben des Statistischen Landesamts im laufenden Schuljahr. Das sind 660 weitere als in der neunten Vorhersage berechnet.

Quelle: „Volksstimme“, 09.08.17

Stiefkind Privatschule

Wie im Stendaler Kreistag Stimmung gegen eine Neugründung gemacht wurde

Die Stimmung zwischen Privatschulen und Land ist angespannt wie lange nicht. Es geht um Geld, den Lehrermangel und die Genehmigung von Schulen. Im Kreis Stendal wird ein Träger politischer Stimmungsanfrage gegen seine Schule vor.

Privatschulen in Sachsen-Anhalt
Im Schuljahr 2017/18 besetzen 17.600 Schüler die Privatschulen in Sachsen-Anhalt. Das sind 660 weitere als in der neunten Vorhersage berechnet.

Das Gespräch mit dem Landesparlament hat zu dieser Themenatik nicht stattgefunden“, sagt Sprecherin Angela Vogel. Ein Mitarbeiter habe in den Sitzungen darauf hingewiesen, dass der Landesrat nicht an der Entscheidung beteiligt ist. Tatsächlich steht das so in den Protokollen. Dennoch hat der Minister vor dem Kreistag die Privatschulen nicht begriffen.

ein Gutachten der Hansoverer Juraprofessoren Frank Rösler und Ingrid Rösler im Landtag für Diskussionen. Dem kritisiert diese etwa, dass Privatschulen in den ersten drei Jahren keinerlei Unterstützung erhalten. Auch Bus- und Instandhaltungskosten würden nicht übernommen.

Große Finanzlöcher
Stipendium bezieht von der hiesigen Kfz-Steuer-Sitzung, die unter anderem das Magdeburger Nachbarstadtteil betriebl. Kfz-Folgen in Zahlen. Er spricht von einer Finanzlöcher in Milliardenhöhe.

Das Vergleichen ist auch deshalb schwierig, weil weitere Faktoren in den Privaten in Zeiten zunehmender Lehrermangel bei der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber zu berücksichtigen sind.

Landes durch die von Bildungsministerin Marion Pöhlner (CDU) auf dem Weg geklärt. Abschließend ist das die betriebliche Lage für die Existenz der Privatschulen, die sich nicht haben.

Quelle: „Volksstimme“, 28.11.17

Quelle: „Volksstimme“, 26.08.17

Christliche Schulen sauer auf Regierung

Verband kritisiert fehlende Finanzierung und Mangel an Kommunikation

Die christlichen Schulen fühlen sich von der Regierung schlecht behandelt. Verbandsleiter Lührs bat daher den Ministerpräsidenten Ende September um ein Gespräch. Die Staatskanzlei gab es weiter an den Bildungsminister. „Es gibt einen Mangel an Kommunikation“.

bricht direkt an Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) geschrieben. Lührs listete darin alle Probleme auf. Und schloss mit der Bitte um ein Gespräch. „Ich schlage vor, dass wir uns am Ende September ein gemeinsames Gespräch zusammenzusetzen und bitte hiermit um einen Gesprächstermin.“ Eine Kopie schickte Lührs auch an den Bildungsminister Marco Möhbeck.

Die Änderungen sollten in das neue Schulgesetz eingehen. Ausgezahlt werden sollten die höheren Zuschüsse bereits zum neuen Schuljahr. Von der SPD folgte am Abend prompt das Dementi: „Es gibt einen Vorschlag von Frau Feulner“, sagte Fraktionssprecher Marco Möhbeck.

Bause sagte, die Ersatzschulen, an denen etwa 25.000 Schüler lernen, bräuchten dringend mehr Geld, um etwa Räume sanieren oder Lehrer halten zu können. Hintergrund ist ein Streit um die Höhe der Landeszuschüsse. Gutachten kamen zuletzt zum Ergebnis, dass das Land Schulen in freier Trägerschaft...

Das Vergleichen ist auch deshalb schwierig, weil weitere Faktoren in den Privaten in Zeiten zunehmender Lehrermangel bei der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber zu berücksichtigen sind.

Landes durch die von Bildungsministerin Marion Pöhlner (CDU) auf dem Weg geklärt. Abschließend ist das die betriebliche Lage für die Existenz der Privatschulen, die sich nicht haben.

Ausbildung zum Pfleger schulgeldfrei

Reform greift aber erst 2020

Von Jens Schmidt
Magdeburg | Sachsen-Anhalts Freie Schulen fordern gut 30 Prozent mehr Geld. In Sachsen-Anhalt kommen pro Schüler 4200 Euro an - das ist nur gut die Hälfte dessen, was das Land für ein Kind an einer staatlichen Schule ausgibt. „Das ist im Ost-Ländervergleich der schlechteste Wert“, sagte Jürgen Bause, Geschäftsführer von Sachsen-Anhalts Privatschulverband, gestern in Magdeburg. Das Land hat seine Zahlungen zuletzt leicht auf 126 Millionen Euro erhöht. Doch das reicht nicht. „Wir führen einen Existenzkampf“, meint Stephan Rether, Leiter des Katholischen Büros in Sachsen-Anhalt. Die Privaten setzen auf Einsicht, andernfalls erwägen sie eine Klage. Ein aktuelles Gutachten bestätigt, dass zahlreiche Schulgesetz...

Kommentare

Schulgeld schnell abschaffen

Jens Schmidt über die Ausbildung zum Altenpfleger

Angenehme Ärzte müssen für die 13 Semester an Sachsen-Anhalts Unis keinen Cent bezahlen. Angedehnte Altenpfleger, die mal deutlich weniger verdienen werden, müssen hingegen Schulgeld abdrücken. Das ist ein Unding. Es wird höchste Zeit, dass diese Ungerechtigkeit abgeschafft wird. Allerdings darf Sachsen-Anhalt damit nicht bis 2020 warten. Schon ab dem Schuljahr 2018/19 muss das Land die Schulgeldder übernehmen. Andernfalls fallen zwei Azubi-Jahrgänge nahezu komplett aus, da natürlich jeder die Kostenfreiheit abwarten würde. Die Ausgaben sind für die Landeskasse mit zwei Millionen Euro pro Jahr sehr überschaubar. Die Regierung ist gut beraten, angehenden Azubis und Schülern Schulgeld schnell abzuschaffen.

Quelle: „Volksstimme“, 15.01.18

Konfusion um Geld für Privatschulen

CDU verkündet Einigung auf höhere Zuschüsse / SPD dementiert

Von Alexander Walter
Magdeburg | In der Kenia-Koalition herrscht Uneinigkeit über die künftige Finanzausstattung der privaten Schulen im Land. Am Freitag überraschte CDU-Abgeordnete Eva Feulner zunächst mit der Nachricht, die Privatschulen sollten übergründet werden.

Die Änderungen sollten in das neue Schulgesetz eingehen. Ausgezahlt werden sollten die höheren Zuschüsse bereits zum neuen Schuljahr. Von der SPD folgte am Abend prompt das Dementi: „Es gibt einen Vorschlag von Frau Feulner“, sagte Fraktionssprecher Marco Möhbeck.

Bause sagte, die Ersatzschulen, an denen etwa 25.000 Schüler lernen, bräuchten dringend mehr Geld, um etwa Räume sanieren oder Lehrer halten zu können. Hintergrund ist ein Streit um die Höhe der Landeszuschüsse. Gutachten kamen zuletzt zum Ergebnis, dass das Land Schulen in freier Trägerschaft...

Das Vergleichen ist auch deshalb schwierig, weil weitere Faktoren in den Privaten in Zeiten zunehmender Lehrermangel bei der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber zu berücksichtigen sind.

Landes durch die von Bildungsministerin Marion Pöhlner (CDU) auf dem Weg geklärt. Abschließend ist das die betriebliche Lage für die Existenz der Privatschulen, die sich nicht haben.

Das Vergleichen ist auch deshalb schwierig, weil weitere Faktoren in den Privaten in Zeiten zunehmender Lehrermangel bei der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber zu berücksichtigen sind.

Landes durch die von Bildungsministerin Marion Pöhlner (CDU) auf dem Weg geklärt. Abschließend ist das die betriebliche Lage für die Existenz der Privatschulen, die sich nicht haben.

Quelle: „Volksstimme“, 24.01.18

Schulgesetz soll jetzt doch zum neuen Schuljahr kommen

Bildungspolitik der Kenia-Koalition einigen sich auf Kompromiss / SPD bekämpft Kritik an Minister Marco Tullner

Von Alexander Walter
Magdeburg | Das neue Schulgesetz soll doch zum 1. August kommen. Darauf haben sich Bildungspolitik der Fraktionen der Kenia-Koalition gestern bei einem Arbeitstreffen verständigt. Um den Zeitplan zu halten, soll die Bildungsausschuss des Landtags im April zu einer Sonder Sitzung zusammenkommen. Einer der Haupttretpunkte war bei gestern die Höhe einer

Überbrückungsförderung für die freien Schulen. Rechtsgutachten hatten festgestellt: Das Land sollte den Privaten zu geringen Zuschüssen zur Verfügung, obwohl ihnen eine auskömmliche Finanzierung zusteht. Die Koalition will die Höhe der Zuschüsse grundsätzlich neu reguliert und hat dafür ein Schlichterkosten Gutachten in Auftrag gegeben. Ergebnisse werden erst für 2019 erwartet. Bis es so weit ist, soll ein Überbrückungspaket über

23 Millionen Euro helfen. Es soll ins Gesetz eingehen und ab Sommer greifen. Bei den Grundschulen für das Paket sieht die SPD allerdings erhebliche Veränderungen bei Bildungsmitteln. Marco Tullner (CDU, Debatte) und wegen weiterer strittiger Punkte (etwa bei Inklusion und Schulqualität) hatte die Fraktion den Zeitplan für die Gesetzgebung am Dienstag grundsätzlich infrage gestellt. Zur Erhöhung der Mittel für die

Ersetzung einer fehlenden Bedarfserfüllung. SPD-Fraktionsvorsitzende Katja Rille: „Viele müssen noch gründlich erörtert werden.“ SPD-Fraktionschef Andreas Schmidt bekämpfte die Kritik gestern. Für das Paket hätte Tullner laut SPD eine Bedarfserfüllung vorgeschlagen, sagte er. Der Minister habe über Wochen über nur Bekehrmodelle mit bekannten Größen vorgelegt. Tullner hat verzögert und sa-

berät“, sagt Schmidt. Die Ministerium wies das zurück: Zur Ermittlung des Bedarfs der Kommunen habe der Landtag das Schlichterkosten-Gutachten in Auftrag gegeben. Darüber hinaus sei ein gemeinsames politisches Ziel, für die freien Schulen eine Übergangslösung zu finden, so Bildungsstaatssekretärin Eva Feulner (CDU). Dafür habe das Ministerium Modelle vorgelegt. Beim Treffen gestern einigten sich die Partner nun auf einen

Kompromiss: Das Bildungsministerium soll die Bedarfserfüllung des Bedarfs der Kommunen im Auftrag der SPD in Form von Schlichterkosten-Gutachten in Auftrag gegeben. Darüber hinaus sei ein gemeinsames politisches Ziel, für die freien Schulen eine Übergangslösung zu finden, so Bildungsstaatssekretärin Eva Feulner (CDU). Dafür habe das Ministerium Modelle vorgelegt. Beim Treffen gestern einigten sich die Partner nun auf einen

Das Vergleichen ist auch deshalb schwierig, weil weitere Faktoren in den Privaten in Zeiten zunehmender Lehrermangel bei der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber zu berücksichtigen sind.

Finanzzulage für Lehrer: Privatschulen kritisieren „Wettbewerbsverzerrung“

Von Jan Schlemmer 27.04.18 11:32 Uhr



Der Vorstand Deutscher Privatschulen kritisiert die Pläne von Bildungsministerin Marion Pöhlner (CDU). Foto: dpa/symbol

Magdeburg | Die Privatschulen in Sachsen-Anhalt kritisieren die am Freitag gestartete Ausschreibung des Bildungsministeriums als Wettbewerbsverzerrung. Die Neuzugänge betreffen die freien Schulen in strukturschwachen Regionen, vorant der Verband Deutscher Privatschulen. Er nennt dafür mehrere Gründe. „Die in der Ausschreibung vorgeschrittenen sehr weitreichenden Vorbeurteilungsregeln, die angrenzenden Bundesländern für strukturschwache Regionen, die zusätzlichen Stundenkontingente für Schulen, an denen Schichtenarbeiter eingesetzt werden, oder auch die zielgerichteten präferenzorientierten Ausgaben des Landes für alle Referendare besetzter Stellen der freien Schulen in einer bisher nicht gekannten Weise“, sagte Geschäftsführer Jürgen Bause am Freitag.

Mit diesen Angeboten der Landes-Kitteln die Privatschulen nicht mithalten, an Bause. „Ziel bei der vorgeschriebenen Aufteilung der Finanzmittel um gut sieben Prozent.“ Finanzzulagen sollen schwer vermeintliche Stellen attraktiver machen. Im Vorfeld der Köken-Assessmentschritte von 600 Lehrern hatte Landes-Bildungsministerin Marion Tullner (CDU) angekündigt, schwer vermeintliche Stellen an Sachsen-Anhalts Schulen mit Finanzzulagen attraktiv zu machen. Bewerber sollen bis erst Erfordernissen im Voraus erhalten. Dies könnte laut Tullner bis zu 800 Euro brutto im Monat ausmachen. Im gesamten Kalenderjahr will Tullner 1,6 Millionen Euro ausgeben, um die Stellen attraktiver zu machen. Bause forderte am Freitag eine Kompensation für die Privatschulen. Er wolle weitere Finanzmittel für freie Schullehrer in strukturschwachen Regionen. Zugleich auch für die freien Schulen auf den nun entstehenden Bewerberpool und weitere Erklärungen bei Lehrkräfteanstellungen. (m)

Quelle: „Mitteldeutsche Zeitung“, 27.04.18

Quelle: „Volksstimme“, 22.03.18

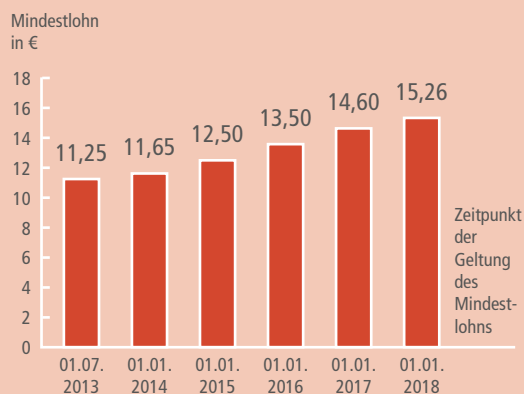
Quelle: „Volksstimme“, 22.03.18

JANUAR 2018

- 05.01.: Abgabe einer Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Entwurf des Abschlussberichts der Expertengruppe „Lehrerbedarfe“
- 15.01.: Beantwortung einer Anfrage des **MdB Frank Müller-Rosentritt** (FDP) zu den Auswirkungen des (zum 01.01.18 erneut erhöhten) Mindestlohns für die Weiterbildungsbranche und zu den diesen Entwicklungen nicht folgenden Bundesdurchschnittskostensätzen der Bundesagentur für Arbeit (s. § 180 Abs. 3 Nr. 3 SGB III)
- 16.01.: Gespräch mit **Anja Huth** (Geschäftsführerin der Arbeitsagentur Bernburg) u.a. über die aktuelle Geschäftspolitik ihres Hauses, über die Betreuung von sog. Nichtleistungsempfängern, über die aktuellen Budgets der Jobcenter und über die Voraussetzungen der Durchführung abschlussorientierter Weiterbildungsmaßnahmen
- 19.01.: Treffen mit **MdL Florian Philipp** (CDU): Gespräch u.a. über die Forderungen des VDP Sachsen-Anhalt im laufenden Schulgesetzgebungsverfahren; Abgabe einer Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Entwurf der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen nach Kapitel 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes
- 23.01.: Treffen mit **MdL Eva Feußner** (CDU, zu diesem Zeitpunkt noch finanzpolitische Sprecherin ihrer Fraktion: an diesem Tag wurde öffentlich, dass Frau Feußner demnächst das Amt der Bildungs-Staatssekretärin antreten wird): Gesprächsthemen waren u.a. der aktuelle Schulgesetzentwurf und die Zukunft der Pflegeausbildung
- 30.01.: Treffen mit **MdL Wolfgang Aldag** (B'90/ Die Grünen, bildungspolitischer Sprecher seiner

HINTERGRUNDINFORMATION:

Entwicklung des für allgemeinverbindlich erklärten Mindestlohns für die Weiterbildungsbranche in den ostdeutschen Bundesländern^{1:2}



¹ Ein einheitlicher Mindestlohn für die alten und neuen Bundesländer gilt erst seit dem 01.01.17.

² Dieser Mindestlohn gilt für die Arbeitnehmer*innen im pädagogischen Bereich an Weiterbildungseinrichtungen, die überwiegend Aus- und Weiterbildungsleistungen nach den SGB II + III erbringen.

Fraktion): Gespräch über laufendes Schulgesetzgebungsverfahren

- 31.01.: Teilnahme am Treffen der Elternvertreter*innen der freien Schulen in der Saaleschule Halle: Hier wurde u.a. ein Offener Brief der Elternvertreter an die Landesregierung und den Landtag verabschiedet, in dem die Elternvertreter ein Ende der erheblichen finanziellen Benachteiligung der freien Schulen – und somit ihrer Kinder – forderten.



Beim Treffen der Elternvertreter der freien Schulen in der Saaleschule Halle herrschte ein dichtes Gedränge.

FEBRUAR 2018

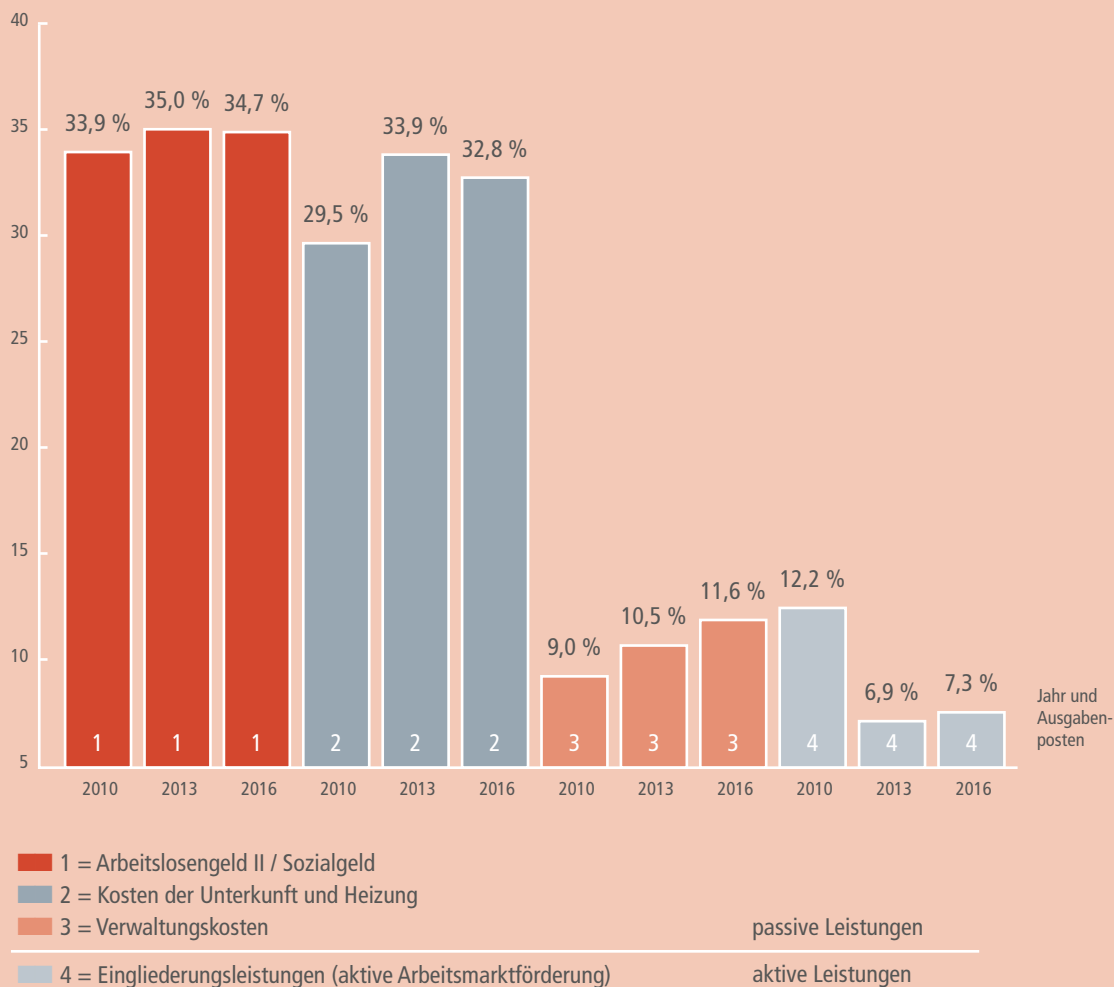
○ **01.02.:** Versendung der Pressemitteilung 01/2018 des VDP Sachsen-Anhalt unter der Überschrift „Elternvertreter fordern unverzüglich deutliche Verbesserung der Finanzausstattung freier Schulen in Sachsen-Anhalt: Offener Brief an Landespolitiker einstimmig verabschiedet“

○ **08.02.:** Versendung des Schreibens „Finanzsituation vieler Jobcenter gerät zunehmend außer Kontrolle – Nachhaltigere Integration von Langzeitarbeitslosen nicht aus den Augen verlieren!“ an die Bundestagsabgeordneten Sachsen-Anhalts und die arbeitsmarktpolitischen Sprecher*innen der Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt

HINTERGRUNDINFORMATION:

Bundesweite Entwicklung der prozentualen Ausgaben für aktive und passive Leistungen im SGB II (Aktive und passive Förderung von Arbeitslosengeld-II-Empfänger*innen)

Anteil an den Gesamtausgaben im SGB II in Prozent (Auszug)

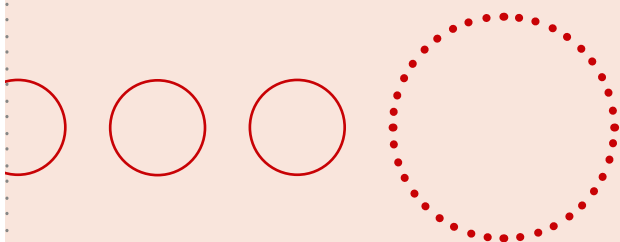


Quelle: Bundesagentur für Arbeit
 „Ausgaben für aktive und passive Leistungen im SGB II 2016“
 Veröffentlicht: 04.01.18

- 12.02.: Teilnahme an Sitzung des **CDU-Landesfachausschusses für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz**: Halten eines Vortrages zu den Chancen, Risiken und offenen Fragen der generalisierten Pflegeausbildung ab dem 01.01.20
- 13.02.: Teilnahme am „Entbürokratisierungs-Workshop“ der **Wirtschafts- und Sozialpartner des ESIF-Begleitausschusses**
- 16.02.: Mail an **Kay Senius** (Vorsitzender der Geschäftsführung der BA-Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen) zu folgenden Problemfeldern:
 - ungenügende finanzielle Ausstattung der Jobcenter im 1. Halbjahr 2018
 - Förderung der Umschulung für Altenpflegehelfer*innen
 - Durchführung von sog. Kleingruppenmaßnahmen im Weiterbildungsbereich
 - Aufstiegsfortbildungen im Bereich Heilerziehungspflege
- 19.02.: Auswertung des Fachartikels „Verfassungsrechtlicher Status der Ersatzschulen in Sachsen-Anhalt sowie Konsequenzen für die Genehmigungs- und Finanzierungspraxis“ von **Prof. Frauke Brosius-Gersdorf** (veröffentlicht in Fachzeitschrift „Recht der Jugend und des Bildungswesens“ 3/2017, S. 351 ff.) gegenüber den bildungspolitischen Sprecher*innen sowie Referentinnen/Referenten der Landtagsfraktionen + Hinweis auf weitere juristische Veröffentlichungen u.a. zur Verfassungswidrigkeit der Wartezeit für Ersatzschulen in Sachsen-Anhalt
- 21.02.: Durchführung des Seminars „Rechtsfragen des Schulalltags – und wie man diese löst“ mit **Dr. Günther Hoegg** (u.a. Autor des Buches „SchulRecht: Aus der Praxis – für die Praxis“)



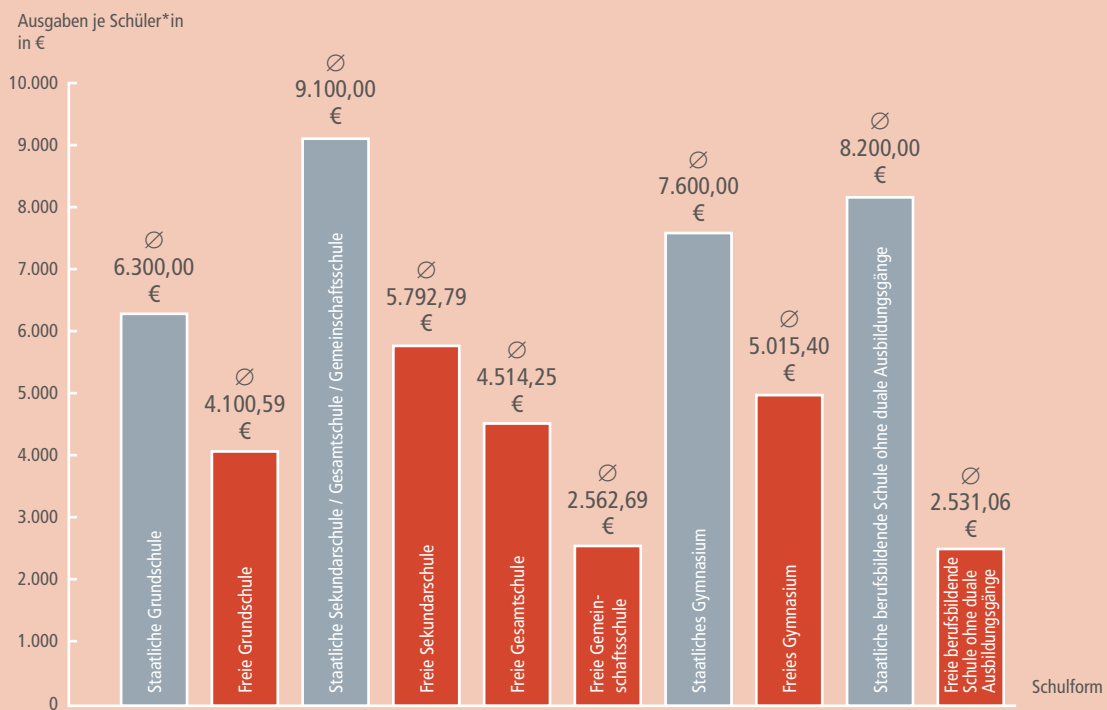
- 22.02.: Treffen mit **Dr. Siegfried Eisenmann** (Direktor des Landesinstituts für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt): Bitte des VDP Sachsen-Anhalt, künftig an alle Referendarinnen und Referendare an den staatlichen Seminaren für Lehrerbildung die VDP-Broschüre „Karrieremöglichkeiten an Schulen in freier Trägerschaft“ auszugeben
- 23.02.: Freischaltung der neuen Homepage des VDP Sachsen-Anhalt (www.vdp-sachsen-anhalt.de)
- 26.02.: Treffen mit **MdL Dr. Katja Pähle** (Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion) und **MdL Prof. Angela Kolb-Janssen** (bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion): Gespräch über geplantes 14. Schulgesetzänderungsgesetz und die Forderungen des VDP Sachsen-Anhalt sowie der LAG der christlich orientierten Schulen in Sachsen-Anhalt hierzu (**Hinweis:** An diesem Gespräch nahmen neben Jürgen Banse vom VDP Sachsen-Anhalt auch Dr. Dietrich Lührs, Stephan Rether und Albrecht Steinhäuser als Vertreter der christlichen Schulen teil.)



- **26.02.:** Auswertung der jüngsten Veröffentlichung des **Statistischen Bundesamtes** „Bildungsausgaben: Ausgaben je Schüler*in 2015“ (veröffentlicht: 22.02.2018) mit Blick auf die schulformbezogenen Ausgaben für die Ersatzschulen im Haushaltsjahr 2015 in Sachsen-Anhalt

HINTERGRUNDINFORMATION:

Vergleich der durchschnittlichen Ausgaben der Öffentlichen Hand in Sachsen-Anhalt für Schüler/innen staatlicher Schulen und der den entsprechenden Ersatzschulen durchschnittlich pro Schüler/in gewährten Finanzhilfen im Haushaltsjahr 2015 *



* Die Kostenangaben zu den staatlichen Schulen beruhen auf einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes („Bildungsausgaben: Ausgaben je Schüler*in 2015“, veröffentlicht: 22.02.2018). Die Kostenangaben zu den freien Schulen wurden ermittelt aus den schulformbezogenen Angaben in der Haushaltsrechnung des Landes Sachsen-Anhalt für das Haushaltsjahr 2015 (Einzelplan 07, S. 78) und der laut Statistischem Landesamt veröffentlichten Anzahl der Schüler*innen an entsprechenden Ersatzschulen: $\frac{7}{12}$ der Schüler*innen im Schuljahr 2014/15 + $\frac{5}{12}$ der Schüler*innen im Schuljahr 2015/16 = Gesamtschülerzahl im Jahr 2015).

In den durchschnittlich je Schüler*in gewährten Finanzhilfen sind u.a. die Kosten für den inklusiven Unterricht an Ersatzschulen sowie die Kosten für das Vorhalten einer verlässlichen Öffnungszeiten und für eine präventive sonderpädagogische Förderung in der Schuleingangsphase (also bis zum Ende der Klassenstufe 2) an den freien Grundschulen enthalten.

Der hier vorgenommene Vergleich berücksichtigt somit bei den freien Schulen die laut Haushaltsrechnung vom Land Sachsen-Anhalt im Haushaltsjahr 2015 insgesamt geleisteten durchschnittlichen schulformbezogenen Finanzhilfen je Schüler*in.

- **27.02.:** Treffen der verbandsinternen Arbeitsgruppe „Pflegeausbildung“ in der **Christlichen Akademie für Gesundheits- und Pflegeberufe in**

Halle: Abstimmung von Inhalten eines Positionspapiers des VDP Sachsen-Anhalt zur Umsetzung des Pflegeberufgesetzes in Sachsen-Anhalt

MÄRZ 2018

- **02.03.:** Versendung der Pressemitteilung 02/2018 des VDP Sachsen-Anhalt unter der Überschrift „Neueste Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen: Sachsen-Anhalt weiter Schlusslicht bei der Finanzierung der freien Schulen“

HINTERGRUNDINFORMATION:

Allgemein- und berufsbildende Ersatzschulen: Ost-Ländervergleich der durchschnittlich je Schüler*in gewährten Finanzhilfe¹

Bundesland	Gemittelte Schüleranzahl im Haushaltsjahr 2015 ($\frac{7}{12}$ aus 2014/15 + $\frac{5}{12}$ aus 2015/16) ²	Zuschüsse laut Landeshaushaltsrechnung im Haushaltsjahr 2015 (in EUR)	Zuschüsse Gemittelte Schüleranzahl = durchschnittliche Finanzhilfe je Schüler*in	Durchschnittliche Ausgaben der öffentlichen Hand für Schüler*innen staatlicher Schulen ³ (in EUR)	Durchschnittliche prozentuale Finanzhilfe je Schüler*in einer Ersatzschule im Haushaltsjahr 2015	Durchschnittliche Kostenersparnis für öffentliche Haushalte pro Schüler*in einer Ersatzschule (in EUR)	Gesamtersparnis der öffentlichen Haushalte (in EUR)
Berlin	46.398	310.362.012,48	6.412,70	8.900	72,05 %	2.487,30	120.380.345
Brandenburg	30.767	158.232.704,50	5.142,85	6.800	75,63 %	1.657,15	50.985.534
Sachsen	61.904	302.201.343,90	4.881,70	7.000	69,73 %	2.118,30	131.131.243
Sachsen-Anhalt	23.628	102.239.039,00	4.327,03	7.400	58,47 %	3.072,97	72.608.135
Thüringen	25.415	127.541.960,00	5.018,37	8.300	60,46 %	3.281,63	83.402.626

¹ Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für die Ersatzschulen in **Mecklenburg-Vorpommern** konnten noch nicht ermittelt werden, da die Ersatzschulen in diesem Bundesland Finanzhilfe vom Land und den Kommunen erhalten.

² Die genannten Schülerzahlen wurden errechnet aus den vom Statistischen Bundesamt für die Schuljahre 2014/2015 und 2015/2016 veröffentlichten Schülerzahlen der allgemeinen- und berufsbildenden Ersatzschulen in den jeweiligen Bundesländern (Statistisches Bundesamt „Privatschulen, Schuljahre 2014/2015 bzw. 2015/2016“)

³ Die durchschnittlichen Ausgaben für die Schüler*innen staatlicher allgemein- und berufsbildender Schulen ergeben sich aus der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes „Bildungsausgaben: Ausgaben je Schüler*in 2015“, veröffentlicht am 22.02.2018.

- **09./10.03.:** Teilnahme am **Deutschen Schulleiterkongress** in Düsseldorf
 - Beschleunigung der Entscheidungsprozesse im Bund und im Land (u.a. Klärung der künftigen Zuständigkeit für die Pflegeausbildung in Sachsen-Anhalt; zügige Verabschiedung der Ausbildungs- und Prüfungs-VO, der Finanzierungs-VO und des Rahmenlehrplans durch den Bund)
- **12.03.:** Teilnahme an Veranstaltung „Vorstellung der digitalen Agenda für das Land Sachsen-Anhalt“ u.a. mit **Landesminister Prof. Armin Willingmann** (Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung)
- **14.03.:** Versendung eines Positionspapiers des VDP Sachsen-Anhalt zu den notwendigen Schritten für eine erfolgreiche Umsetzung der neu geregelten Pflegeausbildung u.a. mit folgenden Kernforderungen:
 - Klärung der (Landes-)Anforderungen an die Lehrkräfte der neuen Pflegeausbildung sowie Entwicklung einer Strategie zur künftigen Gewinnung von geeigneten Lehrkräften für diese Ausbildung

- Finanzierung der künftigen Pflegeausbildung (Wer trägt künftig die Investitionskosten der Pflegeschulen?; zeitnahe Berufung der Vertreter*innen, die in Sachsen-Anhalt das Pauschalbudget für die Pflegeschulen verhandeln sollen; Vorsehen eines Schulgeldersatzes für die bisherige Altenpflegeausbildung bereits ab dem 01.08.18)
- Klärung des künftigen (schul-)rechtlichen Status der bisherigen Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflegeschulen
- Ausgestaltung des 3. Ausbildungsjahres
- Veröffentlichung von Regelungen zum Abschluss von Kooperationsverträgen zwischen den Pflegeschulen und den Krankenhäusern/ Pflegeeinrichtungen
- Modifizierung des § 180 Abs. 4 S. 2 SGB III: volle Förderung von sog. nichtverkürzbaren Umschulungen in den Gesundheits- und Heilberufen
- 15.03.: Teilnahme an Veranstaltung der **Friedrich-Ebert-Stiftung** in Berlin anlässlich der Veröffentlichung der Studie „Privatschulen in Deutschland – Trends und Leistungsvergleiche“
- 27.03.: Schreiben an die **Mitglieder des Bildungsausschusses des Landtages** zu den Kostenentwicklungen im Ersatzschulbereich am Beispiel der gewährten Finanzhilfesätze und der vom Bildungsministerium veröffentlichten durchschnittlichen Jahresentgelte angestellter Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt

HINTERGRUNDINFORMATION:

Entwicklung der Finanzhilfesätze für staatlich anerkannte Ersatzschulen und der durchschnittlichen Jahresentgelte von Lehrkräften in Sachsen-Anhalt zwischen den Schuljahren 2013/14 und 2017/18

a) Finanzhilfesätze

Schulform	Finanzhilfesatz 2013/14	Finanzhilfesatz 2017/18	Entwicklung
Grundschule	4.217,63 €	4.191,38 €	– 0,6 %
Sekundarschule	5.716,70 €	5.782,64 €	+ 1,2 %
Gymnasium, Sekundarstufe II	5.890,63 €	6.249,83 €	+ 4,5 %
Berufsfachschule Altenpflege (3 J/V)	3.139,15 €	3.412,72 €	+ 8,7 %
Fachschule Sozialpädagogik (3 J/integrative Form)	3.940,92 €	3.862,41 €	– 2,0 %

b) Durchschnittliche Jahresentgelte von Lehrkräften

Entgeltgruppe / Entgeltstufe	Jahresentgelt 2013/14	Jahresentgelt 2017/18	Entwicklung
11/4	57.826,34 €	64.246,94 €	+ 11,1 %
13/4	64.386,44 €	71.109,66 €	+ 10,4 %

APRIL 2018

- 04.04.: Erstellung des Arbeitspapiers „Erfassung von Schülerkosten in den Haushaltsplänen bzw. Haushaltsrechnungen der Landkreise und Kommunen in Sachsen-Anhalt“
- 05.04.: Gespräch im Bildungsministerium mit Referatsleiterin **Dr. Ulrike Oehlstöter** u.a. über die Beteiligung der freien Schulen an den Seiteneinsteiger-Qualifizierungskursen des Landes sowie über die Ausgestaltung der künftigen Pflegeausbildung aus schulrechtlicher Sicht
- 11.04.: Gespräch mit **MdL Daniel Szarata** (neuer finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion) über die aktuelle finanzielle Situation der freien Schulen in Sachsen-Anhalt
- 12.04.: Versendung der Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zum Referentenentwurf der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die (künftigen) Pflegeberufe
- 13.04.: Treffen mit **MdB Dr. Karamba Diaby** (SPD) in Halle: Gespräch über die Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik des Bundes, über die geplante Änderung von Art. 104 c des Grundgesetzes und über die Mängel des Pflegeberufgesetzes
- 17.04.: Gesprächsrunde zwischen **MdL Andreas Steppuhn**, **MdL Dr. Verena Späthe** und **Manuela Lück** (alle SPD-Landtagsfraktion) sowie Ingolf Fölsch, Steffen Kilian und Jürgen Banse vom VDP Sachsen-Anhalt über die aus Verbandssicht völlig unzureichende Finanzausstattung der Jobcenter
- 18.04.: Durchführung der **VDP-Fachtagung „Ersatz- und Ergänzungsschulen“** in den Räumlichkeiten der **Medizinischen Berufsakademie (MBA) Naumburg**: in Anwesenheit der bildungspolitischen Sprecher*innen der „Kenia-Koalition“ referierte hier **Bildungs-Staatssekretärin Eva Feußner** zum Thema „Aktuelle schulpolitische Entwicklungen in Sachsen-Anhalt“



Diskutierten auf der Naumburger Fachtagung des VDP Sachsen-Anhalt vor allem über die geplanten Änderungen im Schulgesetz (von links nach rechts): Bildungs-Staatssekretärin Eva Feußner, VDP-Landesgeschäftsführer Jürgen Banse, MdL Wolfgang Aldag (B'90/Die Grünen), MdL Prof. Angela Kolb-Janssen (SPD), MdL Angela Gorr (CDU) und VDP-Landesvorsitzender Ingolf Fölsch

- 24.04.: Tagung der Arbeitsgruppe „Pflegeausbildung“ des VDP Sachsen-Anhalt in den Räumlichkeiten des **IWK Aschersleben**: Diskussion über künftige Ausgestaltung der Pflegeausbildung und die Vorbereitung des VDP Sachsen-Anhalt auf eine mögliche Beteiligung an den Verhandlungen zum künftigen Budget der Pflegeschulen u.a. mit **Dr. Ulrike Oehlstöter**, **Dr. Martina Klemme** (beide Bildungsministerium), **Olivia Lange** und **Manuela Eggert** (beide Sozialministerium)



Landesgeschäftsführer Jürgen Banse eröffnete die 2. Sitzung der Arbeitsgruppe „Pflegeausbildung“ des VDP Sachsen-Anhalt im IWK Aschersleben

- **27.04.:** Veröffentlichung der Pressemitteilung 04/2018 des VDP Sachsen-Anhalt unter der Überschrift „Aktuelle Lehrstellenausschreibung des Landes Sachsen-Anhalt hat wettbewerbsverzerrende Wirkung auf freie Schulen“ – Kritisch beleuchtete hier der Verband die in der Ausschreibung vorgesehenen weitreichenden Verbeamtungangebote des Landes; die vorgesehenen Sonderzulagen für Lehrkräfte, die sich für den Unterrichtseinsatz in strukturschwächeren Regionen entscheiden; die vorgesehenen zusätzlichen Stundenkontingente für staatliche Schulen, an denen Seiteneinsteiger*innen eingesetzt werden, oder auch die zielgerichteten Angebote des Landes für alle Referendare bezogen auf den staatlichen Schuldienst, weil der Lehrkräftebedarf der freien Schulen bei diesen Planungen nicht berücksichtigt wird und die freien Schulen auch nicht finanziell mit diesen (insbesondere Verbeamtings-)Angeboten des Landes mithalten können.

Der VDP Sachsen-Anhalt arbeitet u.a. im Landesschulbeirat, im Gemeinsamen Begleitausschuss des Landes Sachsen-Anhalt für die Operationellen Programme EFRE, ELER und ESF oder auch in den ministeriellen Arbeitsgruppen „Integration in den Arbeitsmarkt“, zur Zukunft der Pflegeausbildung und zur Digitalisierung mit.

MAI 2018

- 03.05.: Treffen mit **MdB Sepp Müller** (CDU), Gesprächsthemen waren insbesondere die Zukunft der Pflegeausbildung und arbeitsmarktpolitische Problemstellungen
- 04.05.: Versendung des Schreibens „Wachsen dem Fachkräftebedarf endlich durch nachhaltigere Arbeitsmarktpolitik Rechnung tragen“ an die Bundestagsabgeordneten Sachsen-Anhalts und die arbeitsmarktpolitischen Sprecher*innen der Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt
- 09.05.: Abgabe einer kurzen Stellungnahme zu den vorläufigen Beschlussempfehlungen des Bildungs- und des Finanzausschusses zum Entwurf des 14. Schulgesetzänderungsgesetzes
- 24.05.: Schreiben an **Bildungsstaatssekretärin Eva Feußner** unter der Überschrift „Vorsehen eines Schulgeldes für die Berufsfachschulen für Altenpflege in freier Trägerschaft bereits ab dem Schuljahr 2018/19“
- 24.05.: Schreiben an die Mitglieder des VDP Sachsen-Anhalt und an unsere Ansprechpartner*innen aus Politik, Presse, Wirtschaft, Verwaltung usw. zur Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung in unserer Geschäftsstelle
- 25.05.: Schreiben an **Birgit Reinbothe** (Referentin im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration) zu den Anforderungen der Verwaltungsbereitschaft an Praxisbetriebe und betreuende Bildungseinrichtungen
- 29.05.: Teilnahme an der Sitzung der VDP-Fachgruppe „Arbeitsmarktdienstleistungen + Sprachschulen“ in Berlin (gemeinsam mit **Steffen Kilian** und **Andy Zimmer**, beide Vorstandsmitglieder des VDP Sachsen-Anhalt)
- 30.05.: Teilnahme am Trägerforum der BA-Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen in Halle (gemeinsam mit Vorstandsmitglied **Steffen Kilian**)



VDP-Landesgeschäftsführer Jürgen Banse händigte dem Bundestagsabgeordneten Sepp Müller zahlreiche Unterlagen zur Erläuterung der VDP-Positionen zur Schul- und Arbeitsmarktpolitik aus.

JUNI 2018

- 04.06.: Pressemitteilung zur erfolgreichen Petition von Elternvertretern der freien Schulen in Sachsen-Anhalt, mit der eine Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen der Ersatzschulen und eine Beendigung der Benachteiligung der Schüler*innen freier Schulen durch das Land Sachsen-Anhalt eingefordert wurde: Diese Petition wurde auf der Internetseite von **openPetition** von mehr als 10.500 Personen unterzeichnet.
- 06.06.: Durchführung der **Fachtagung „Erwachsenenbildung“** des VDP Sachsen-Anhalt im Bildungszentrum Dessau – Gastreferentin war **Sabine Edner** (Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Dessau-Roßlau-Wittenberg). Sie sprach zu dem Thema „Die Geschäftspolitik der Arbeitsagentur Dessau-Roßlau-Wittenberg im Jahr 2018“.



Steffen Kilian, Vorstandsmitglied des VDP Sachsen-Anhalt, moderierte auf der Fachtagung „Erwachsenenbildung“ eine Diskussionsrunde über die arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen in den einzelnen Arbeitsagenturbezirken Sachsen-Anhalts.



Sabine Edner von der Arbeitsagentur Dessau-Roßlau-Wittenberg war Gast auf der VDP-Fachtagung „Erwachsenenbildung“, hier auf einem Foto mit Gastgeber Hans-Joachim Reiche (BZ Dessau), VDP-Landesvorsitzendem Ingolf Fölsch und VDP-Landesgeschäftsführer Jürgen Banse.

- 18.06.: Teilnahme am Workshop des **Landespflegeausschusses** zur Zukunft der Pflegeausbildung in Sachsen-Anhalt: vorab Ausarbeitung und Zusendung eines umfassenden Fragenkatalogs des VDP Sachsen-Anhalt
- 19.06.: Durchführung eines Parlamentarischen Abends des VDP Sachsen-Anhalt mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der SPD in un-

serem Bundesland – **Prof. Axel Plünnecke** (Leiter des Kompetenzfeldes Bildung, Zuwanderung und Innovation am Institut der Deutschen Wirtschaft Köln) hielt hierbei das Impulsreferat unter der Überschrift „Lehrermangel, Digitalisierung, berufliche Weiterbildung und Integration – was bildungs- und arbeitsmarktpolitisch jetzt angepackt werden muss“



*Der Parlamentarische Abend des VDP Sachsen-Anhalt in der Freien Waldorfschule Magdeburg – diesmal mit Vertreter*innen der SPD – war wieder gut besucht.*



- 20.06.: Treffen mit **MdB Tino Sorge** (CDU) – Gesprächsthema war vor allem die Zukunft der Pflegeausbildung
- 20.06.: Treffen mit **MdB Birke Bull-Bischoff** (DIE LINKE) – Gesprächsthemen waren ebenfalls die noch offenen Fragen bei der Umsetzung der generalisierten Pflegeausbildung und die stagnierende Entwicklung der sog. Bundesdurchschnittskostensätze der Bundesagentur für Arbeit bei gleichzeitig beständig steigenden Kosten der Arbeitsmarktdienstleister bei der Durchführung von Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (s. auch Hintergrundinformation vom 15.01.18)

Bei hochsommerlichen Temperaturen diskutierten Jürgen Banse (VDP Sachsen-Anhalt), MdB Tino Sorge (CDU) und Susanne Jäschke (als Schulleiterin einer betroffenen Altenpflegeschule) über Probleme bei der Umsetzung der generalisierten Pflegeausbildung

- **20.06.:** Beobachtung der Abstimmung zum 14. Schulgesetzänderungsgesetz im sachsen-anhaltischen Landtag und anschließende Versendung der Pressemitteilung „VDP Sachsen-Anhalt

würdigt beschlossene Schulgesetzänderungen als wichtigen Schritt hin zu einer verfassungskonformen Finanzierung der freien Schulen in Sachsen-Anhalt“

HINTERGRUNDINFORMATION:

Mit dem Beschluss des 14. Schulgesetzänderungsgesetzes hat der hiesige Landtag einige der seit Jahren erhobenen Forderungen des VDP Sachsen-Anhalt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der freien Schulen umgesetzt.

Hierzu gehören u.a.:

- Erleichterungen beim bisher sehr restriktiven Lehrer genehmigungsverfahren insbesondere für die staatlich anerkannten Ersatzschulen
- Einräumung von Mängelbeseitigungsfristen vor dem Entzug der Genehmigung oder Anerkennung einer Ersatzschule
- Gewährung der Finanzhilfe setzt nicht mehr zwangsläufig die vorherige Verleihung der staatlichen Anerkennung voraus
- Steigerung des Faktors 0,9 auf 0,95 bei der Berechnung des Personalkostenzuschusses und Anhebung des Sachkostenzuschusses auf 20 Prozent (bisher 16,5 Prozent) des Personalkostenzuschusses (für Förderschulen von 26,5 auf 30 Prozent)
- unter sehr eng gefassten Voraussetzungen kann nunmehr auch wieder vor dem Ablauf

der grundsätzlich weiterhin geltenden Drei-Jahres-Frist eine Finanzhilfefzahlung durch das Land Sachsen-Anhalt für eine neu gegründete Ersatzschule in Betracht kommen

- die Berufsfachschulen für Altenpflege erhalten künftig vom Land einen Schulgeldersatz, wenn sie auf die Erhebung von Schulgeld gegenüber ihren Schüler*innen verzichten
- die vom Land angebotenen Fort- und Weiterbildungen stehen nunmehr auch den Lehrkräften freier Schulen in gleicher Weise offen wie den Lehrkräften der staatlichen Schulen

Anmerkung: Die verbesserten finanziellen Rahmenbedingungen der freien Schulen gelten zwar seit dem 01.08.18, bis zur Fertigstellung dieser Broschüre sind die erhöhten Finanzhilfen sowie der Schulgeldersatz im Bereich der Altenpflege noch nicht bei den freien Schulen angekommen, da hierfür erst noch u.a. die gesetzeskonforme Überarbeitung der Verordnung über die Schulen in freier Trägerschaft (SchifT-VO) erforderlich ist. Derzeit befindet sich die SchifT-VO im Anhörungsverfahren.

- **21.06.:** Treffen mit **MdL Monika Hohmann** (DIE LINKE), der Vorsitzenden des Landtags-Bildungsausschusses – Gesprächsthemen waren das am Tag zuvor beschlossene 14. Schulgesetzänderungsgesetz und die Zukunft der Pflegeausbildung in Sachsen-Anhalt
- **21.06.:** Treffen mit **MdL Christoph Bernstiel** (CDU) in Halle – Gesprächsthemen waren u.a. die aus der Sicht des VDP Sachsen-Anhalt not-

wendigen Änderungen in der Arbeitsmarktförderung, die vorgesehene Grundgesetzänderung in Art. 104c sowie die noch offenen Fragen zu der ab 01.01.20 geltenden generalisierten Pflegeausbildung

- **25.06.:** Treffen mit **MdL Katja Bahlmann** (DIE LINKE) in Zeitz – Gesprächsthemen waren auch hier die Arbeitsmarktpolitik und die Zukunft der Pflegeausbildung

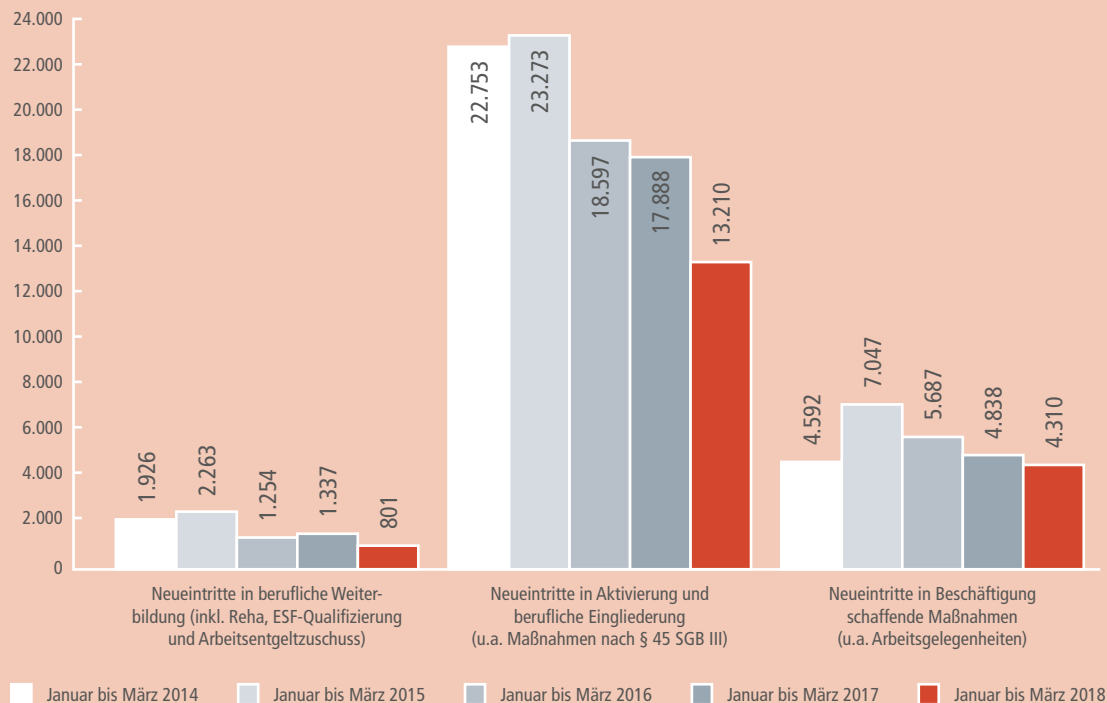
JULI 2018

- **02.07.:** Schreiben an die Bundestagsabgeordneten Sachsen-Anhalts und an die arbeitsmarktpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen unter der Überschrift „Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf Parlamentarische Anfrage

„Weiterbildung für Arbeitslose mit dem Ziel eines beruflichen Abschlusses“: Dringender Handlungsbedarf auch für Arbeitsverwaltungen in Sachsen-Anhalt“

HINTERGRUNDINFORMATION:

Anzahl der Neueintritte von Arbeitslosengeld-II-Empfänger*innen in ausgewählte Arbeitsmarktinstrumente: Entwicklungen in Sachsen-Anhalt
(Stand: 29.06.2018, Quelle: Bundesagentur für Arbeit)



- **03.07.:** Teilnahme am Treffen der Arbeitsgruppe „Glasfaser/Digitalisierung an Schulen“ im Bildungsministerium
- **04.07.:** Treffen mit **MdL Thomas Keindorf**, Präsident der Handwerkskammer Halle – in diesem Gespräch ging es um die gesetzlichen Voraussetzungen der Gründung einer Ersatzschule sowie der Finanzhilfegewährung für derartige Schulen in Sachsen-Anhalt
- **05.07.:** Versendung einer Stellungnahme des VDP Sachsen-Anhalt zur Machbarkeitsstudie „Glasfaseranschluss für alle Schulen in Sachsen-

Anhalt“; Schreiben an **Bildungs-Staatssekretärin Eva Feußner** zur Umsetzung des neu beschlossenen § 18f Schulgesetz (Schulgeldersatz für Altenpflegeschulen)

- **11.07.:** Interview für MDR Radio Sachsen-Anhalt zu dringenden Regelungsbedarfen bei der Umsetzung der Pflegeausbildung in Sachsen-Anhalt
- **12.07.:** Treffen mit **MdB Torsten Schweiger** (CDU) in Sangerhausen: Themen waren erneut die Pflegeausbildung, die Mängel der Arbeitsmarktpolitik und die geplante Änderung von Artikel 104c Grundgesetz

MITGLIEDER IM VDP SACHSEN-ANHALT (Stand: 01.11.18)

- Adam-Olearius-Schule Aschersleben
- Akademie Überlingen
- ARA Sprachschule Magdeburg
- BBA Berufsbildungsakademie „Altmark“
- BBI – Akademie für berufliche Bildung
- BBI – Bildungs- und Beratungsinstitut GmbH
- BBZ – Berufsbildungszentrum Elbe GmbH
- Bildungsverbund Handwerk GmbH
- Bilinguale Grundschule „Altmark“ Stendal
- Bodelschwingh-Haus Wolmirstedt
- BTH Bildungs-, Technologie- und Handelsgesellschaft mbH Eisleben
- BTZ zu Thale und Aschersleben – Stiftung
- BZ Bildungszentrum Dessau gGmbH
- Campusware GmbH
(Fördermitglied)
- Celook GmbH Querfurt
- Christliche Akademie Halle gGmbH
- D&B Dienstleistung & Bildung gGmbH
(Fördermitglied)
- Deutsches Erwachsenen-Bildungswerk (DEB) gGmbH
- Deutsche Kreditbank (DKB)
(Fördermitglied)
- EBG Europäisches Bildungswerk für Beruf und Gesellschaft gGmbH
- EMS & Medi-Z gGmbH
- Erste Kreativitätsschule Sachsen-Anhalt e.V.
- Euro-Schulen-Organisation GmbH
- Evangelische Grundschule Bitterfeld-Wolfen
- Evangelische Grundschule Halberstadt
- Evangelische Grundschule „Martin Luther“ Oppin
- Evangelische Schulstiftung in Mitteldeutschland
- Evangelische Schulstiftung Neinstedt
(neu seit Mai 2018)
- FIT-Ausbildungs-Akademie gGmbH
- Freie christliche Schule Halberstadt
- Freie Gesamtschule „Gustav Adolf“ Lützen
- Freie Grundschule auf dem Bauernhof Bindfelde
- Freies Gymnasium Geiselatal Mücheln
- Freie Grundschule Großalsleben „Maria Montessori“
- Freie Montessori-Grundschule Aschersleben
- Freie Montessori-Schule Schönebeck
- Freie Schule Altmark e.V. Depekolk
- Freie Schule Anhalt Köthen
- Freie Schule Magdeburg – Initiative z. Förderung aktiver u. freier Pädagogik e.V.
- Freie Um-Welt-Schule Angern
- Freie Waldorfschule Halle e.V.
- Freie Waldorfschule Magdeburg e.V.
- future Training & Consulting GmbH Halle
- Gesamtschule im Gartenreich e.G.
- Oranienbaum
- GfM GmbH & Co KG
- GLS Gemeinschaftsbank
(Fördermitglied)
- Hans Klein Privatschule gGmbH Belleben
- HR Arena GmbH
(Fördermitglied seit Mai 2018)
- IBB – A. Gesche Quedlinburg
- IBB – Institut f. berufl. Bildung AG
- IBLM Leuna-Merseburg e.V.
- IBF Halle GmbH
- IBP – Institut f. Bildungsmanagement Dessau
- Institut Braune gGmbH Bernburg

- Internationaler Bund Mitte gGmbH
- Internatsschule Hadmersleben GmbH
- IWK gGmbH Magdeburg
- Jeetzeschule in Salzwedel
- Kolping-Bildungswerk Württemberg e.V.
(Fördermitglied)
- Landschulheim Grovesmühle
- LehrCare GmbH
(Fördermitglied)
- Ludwig Fresenius Schulen
- MAXX2IT GmbH Magdeburg
(Fördermitglied seit Mai 2018)
- MBA Medizinische Berufs-Akademie GmbH
Naumburg
- M&B Marketing-Bildung Inst. Ltd. Wittenberg
(neu seit Januar 2018)
- Merkur Akademie International
(Fördermitglied)
- Montessori-Gesellschaft Halle e.V.
- Montessorischule Naumburg
- Nestor Bildungsinstitut GmbH
- Oskar-Kämmer-Schulen
- Paritätisches Bildungswerk Sachsen-Anhalt
- Privatschulen Stendal & Tangermünde
- Rahn Education
- Riesenklein gGmbH
- Saaleschule für (H)alle
- Schulen in Trägerschaft der Evangelischen
Landeskirche Anhalts
- SmartKomm GmbH
(Fördermitglied seit Oktober 2017)
- Sozialakademie Sangerhausen gGmbH
- Sprachschule 2000 GmbH
- Stiftung Ev. Jugendhilfe St. Johannis Bernburg
- Teutloff Bildungszentrum GmbH Wernigerode
- TÜV Rheinland Bildungswerk gGmbH
- Verein ev. Grundschule Magdeburg e.V.
- VfB Salzwedel e.V.
- WBS TRAINING AG
- Wenzel MH GmbH
(Fördermitglied)
- Wolpert Schulungszentrum – inlingua
Sprachschule Halle GmbH

Werden auch Sie
(Förder)Mitglied des
VDP Sachsen-Anhalt e.V.
und profitieren Sie
von unseren
Leistungen!

VDP 



VERBAND DEUTSCHER PRIVATSCHULEN
SACHSEN-ANHALT e.V.
BILDUNGSEINRICHTUNGEN IN
FREIER TRÄGERSCHAFT

Chancengleichheit durch Bildungsvielfalt

Impressum

Herausgeber:

Verband Deutscher Privatschulen
Sachsen-Anhalt e.V.
Otto-von-Guericke-Straße 86a
39104 Magdeburg
Tel. 0391 7319160
VDP.LSA@t-online.de
www.vdp-sachsen-anhalt.de

Redaktion (VDP Sachsen-Anhalt):

Jürgen Banse

Bildnachweis:

Soweit im Übrigen keine besondere
Quellenangabe erfolgte, stammen alle in
der Broschüre verwendeten Fotos vom VDP
Sachsen-Anhalt e.V.

Gestaltung und Umsetzung:

Sandra Hellwig (VDP Sachsen-Anhalt)
Uwe Rußmann
(megalearn Bildungswerk gGmbH)
www.bwsa-group.de